



PRESSEERKLÄRUNG

12. Mai 2003

Flüchtlingsräte fordern Bleiberecht

- Innenministerkonferenz beabsichtigt schnelle Abschiebung von Flüchtlingen mit langjährigem Aufenthalt
- Landesflüchtlingsräte fordern von der IMK Bleiberecht für Flüchtlinge

Am 14./15.05.03 treffen sich die Innenminister der Länder und des Bundes in Erfurt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Abschiebung von Flüchtlingen aus Afghanistan und Jugoslawien. Einige Länder wünschen, selbst die zeitnahe Abschiebung in den von Diktatur, Embargo und Krieg ausgebluteten Irak zum Thema zu machen.

Die Innenministerkonferenz will das BMI auffordern, gegen bestehende Widerstände internationaler Organisationen zu erreichen, dass baldmöglichst Roma in das Kosovo und afghanische Flüchtlinge nach Afghanistan abgeschoben werden können.

Viele der nunmehr zur Abschiebung vorgesehenen Flüchtlinge leben seit vielen Jahren in Deutschland und sind weitgehend integriert, ihre Kinder hier geboren und aufgewachsen. Die IMK ignoriert nicht nur vollkommen die desolante Situation im jeweiligen Herkunftsland. Die Innenminister nehmen darüber hinaus keinerlei Rücksicht auf z.T. langjährige Aufenthaltszeiten oder humanitäre Aspekte, wie etwa Krankheit, Alter oder hier erfahrene nicht selten gewalttätige rassistische Diskriminierungen.

Das einzige Kriterium, das auf Vorschlag einzelner Länder im Falle Afghanistans Personen vor der Abschiebung bewahren sollte, wären wirtschaftliche Interessen: demnach solle Bleiberecht erhalten, wer für Wirtschaft und Unternehmen als Arbeitskraft von Interesse sei.

Auf solche Chancen braucht nicht hoffen, wessen Gesundheit angeschlagen ist. Die Innenminister sorgen sich um kranke abzuschiebende Personen nur insofern, als sie planen, die fachärztliche Feststellung der Flugtauglichkeit sicherzustellen und für Betroffene die freie Arztwahl einzuschränken. Flugbegleitung durch medizinisches Personal soll die „Reibungslosigkeit“ von Abschiebungen kranker oder traumatisierter Menschen sicherstellen. Die Flüchtlingsräte rufen die Bundesärztekammer auf, dem Druck des BMI standzuhalten und auch künftig die Kollaboration mit der Abschiebungsbürokratie zu verweigern.

Die Flüchtlingsräte kritisieren seit Jahren die Ignoranz der Innenpolitiker gegenüber den menschlichen Härten, die durch die Abschiebep Praxis verursacht werden. Um dieser Kritik Nachdruck zu verleihen und endlich eine Abkehr von dieser inhumanen Politik zu erreichen, haben die Flüchtlingsräte gemeinsam mit Selbstorganisationen der Flüchtlinge, PRO ASYL, den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und anderen Organisationen bundesweit eine Bleiberechtskampagne initiiert. Mit vielfältigen Aktivitäten in den Bundesländern wird auf die mit Beispielfällen belegte Lebenssituation der von Abschiebung betroffenen Menschen hingewiesen und politische Lösungen vorgeschlagen.

Auf der IMK in Erfurt wird vom bundesweiten *Bündnis Bleiberechtskampagne* ein Kunstwerk enthüllt, das eindrucksvoll die Lebenssituation der Geduldeten ins Bild setzt: „Angst und Hoffnung“ heißt das Werk des Traunsteiner Bildhauers Andreas Belser. Das Kunstwerk geht auf die Initiative und Förderung der landesweiten Flüchtlingsräte und von PRO ASYL zurück. Zu sehen sind die Gesichter und Geschichten von Geduldeten, im wörtlichen Sinne getragen wird die Skulptur von den Betroffenen und ihren Unterstützern.

gez. Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e.V.
Angelika von Loeper
Kontakt unter: Angelika@vonLoeper.de 0721/ 70 67 55

**Weitere Informationen auch zum downloaden im Internet unter:
www.akasyl-bw.de und www.proasyl.de (Broschüre zu Einzelfällen Bleiberecht)**

AK Asyl Baden-Württemberg e.V.

Das Forum der ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen in Baden-Württemberg
Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern o.R., www.AKAsyl-bw.de

